



Bekanntmachung

wegen der Präclufivfristen des Entschädigungsgesetzes zur allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845.

Nach §. 4 des Entschädigungsgesetzes zur allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 müssen die Ansprüche auf Entschädigung für den Verlust der durch die allgemeine Gewerbeordnung §§. 1 bis 4 aufgehobenen Berechtigungen bis zum Schlusse des Jahres 1845 bei der Regierung schriftlich angemeldet werden.

Nach §. 5 a. a. D. findet eine Ausnahme hiervon in Ansehung derjenigen, nach §. 3 der Gewerbeordnung vorerst noch ferner zu leistenden Abgaben statt, welche auf Gewerbeberechtigungen beruhen, mit denen das Recht zur Unterfagung oder Beschränkung des Betriebs eines stehenden Gewerbes verbunden war. Der Anspruch auf die Entschädigung für die Berechtigung zur Erhebung von Abgaben dieser Art muß bis zum Schlusse des Jahres 1849 bei der Regierung schriftlich angemeldet werden, kommt jedoch die Abgabe schon früher in Wegfall, so muß die Anmeldung binnen Jahresfrist nach dem Wegfallen erfolgen. Endlich bestimmt der §. 6 a. a. D., daß, wenn die Entschädigungs-Ansprüche innerhalb der in den §§. 4 und 5 bestimmten Fristen bei der Regierung nicht schriftlich angemeldet werden, die Berechtigten ihrer Ansprüche von selbst verlustig gehen sollen, und nur die im §. 39 bezeichneten Interessenten (Obereigenthümer, Lehnsherren, Lehns- und Fideicommissfolger, Wiederkaufsberechtigte, Hypothekengläubiger und andere Realberechtigten) den Entschädigungs-Anspruch noch während einer anderweiten präclufivischen Frist von drei Monaten durch schriftliche Anmeldung bei der Regierung geltend machen können. Auf einen nach Befriedigung dieser Interessenten etwa verbleibenden Uebereschuß kann aber der Berechtigte, welcher die Anmeldung versäumt hat, keinen Anspruch machen.

Obgleich das Entschädigungsgesetz zur allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 bereits durch den Abdruck in der Gesetz-Sammlung (S. 79 bis 92 des laufenden Jahrgangs) zur allgemeinen Kenntniß gebracht ist, so wird doch das theilhabende Publikum auf diese Fristbestimmungen Behufs rechtzeitiger Wahrnehmung seiner etwaigen Interessen hierdurch nochmals besonders aufmerksam gemacht.

Zur bessern Uebersicht lassen wir die bezüglichlichen §§. der beiden Gesetze selbst wörtlich folgen:

Allgemeine Gewerbeordnung vom 17ten Januar 1845.

§. 1. Das in einzelnen Landestheilen mit Gewerbeberechtigungen noch verbundene Recht, Anderen den Betrieb eines Gewerbes zu untersagen oder sie darin zu beschränken (ausschließliche Gewerbeberechtigung) wird hierdurch aufgehoben, ohne Unterschied, ob die Berechtigung an einem Grundstücke haftet oder nicht.

§. 2. Ferner werden aufgehoben alle Berechtigungen Concessionen zu gewerblichen Anlagen oder zum Betriebe von Gewerben zu erteilen.

§. 3. Vorbehaltlich der durch das Gesetz vom 30sten Mai 1820 eingeführten Gewerbesteuer werden ferner aufgehoben alle Abgaben, welche für den Betrieb eines Gewerbes entrichtet werden, sowie die Berechtigungen, dergleichen Abgaben aufzulegen. Ist jedoch mit der Gewerbeberechtigung das Recht zur Unterfagung oder Beschränkung des Betriebes eines stehenden Gewerbes verbunden, so muß die darauf ruhende ganze Abgabe bis zu dem Tage geleistet werden, an welchem der Betrieb dieses Gewerbes von einer Person begonnen wird, gegen die der Widerspruch hätte geltend gemacht werden können.

Ob eine Abgabe zu den aufgehobenen zu rechnen sei, ist in allen Landestheilen nach Inhalt der Verordnung vom 19. Februar 1832 (Gesetz-Samml. S. 64) zu beurtheilen.

§. 4. Von den noch bestehenden Zwangs- und Bannrechten werden hierdurch aufgehoben:

- 1) alle Zwangs- und Bannrechte, welche dem Fiscus, einer Kammerlei oder Gemeinde innerhalb ihres Communalbezirks, oder einer Corporation von Gewerbetreibenden zustehen, oder von Einem dieser Berechtigten erst nach dem 31. December 1836 auf einen Andern übergegangen sind;

2) alle Zwangs- und Bannrechte, deren Aufhebung nach dem Inhalte der Verleihungsurkunde ohne Entschädigung zulässig ist, und

3) sofern die Aufhebung nicht schon in Folge der Bestimmungen zu 1 und 2 eintritt,

- a) das mit dem Besitze einer Mühle, einer Brennerei oder Brennereierichtigkeit, einer Brauerei oder Brauereierichtigkeit, oder einer Schankstätte verbundene Recht, die Consumenten zu zwingen, daß sie bei dem Berechtigten ihren Bedarf mahlen oder schroten lassen, oder das Getränke ausschließlich von demselben beziehen (der Mahlzwang, der Branntweinzwang und der Brauzwang),
- b) das städtischen Bäckern und Fleischern zustehende Recht, die Einwohner der Stadt, der Vorstädte oder der sogenannten Mannwelle zu zwingen, daß sie ihren Bedarf an Gebäck oder Fleisch ganz oder theilweise von jenen ausschließlich entnehmen,

in allen zu 3 gedachten Fällen jedoch nur dann, wenn das Zwangsrecht nicht auf einem Verträge zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten beruht.

§. 5. Diejenigen Zwangs- und Bannrechte, welche nicht durch die Bestimmungen des §. 4 aufgehoben sind, können von den Verpflichteten abgelöst werden, wenn die Verpflichtung auf Grundbesitz haftet, die Mitglieder einer Corporation als Solche betrifft, oder Bewohnern eines Ortes oder Districtes vermöge ihres Wohnsitzes obliegt. Dasselbe gilt von dem Rechte, den Inhaber einer Schankstätte zu zwingen, daß er das zu seinem Debit erforderliche Getränk aus einer bestimmten Fabricationsstätte entnehme. Dem Berechtigten steht die Befugniß, auf Ablösung anzutragen, nicht zu.

§. 6. In den bestehenden Vorschriften wegen der Regalien und Monopole des Staats und den daraus entspringenden Beschränkungen des Betriebs einzelner Gewerbe wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert. Insbesondere gilt dies von den das Bergwesen betreffenden Vorschriften.

§. 7. Die wegen der Befugniß zum Halten öffentlicher Fahr-Anstalten bestehenden Bestimmungen bleiben unverändert. Sofern Fahrerechtigkeiten ausschließliche Berechtigungen sind, können sie von den Ministerien gegen eine nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 16ten Juni 1838 (Gesetz. S. 353 ff.) zu gewährende Entschädigung aufgehoben werden.

§. 8. Die zur Zeit in den einzelnen Landestheilen geltenden Vorschriften über das Abdeckereiwesen bleiben bis zur beendigten Revision derselben in Kraft.

§. 9. Die besonderen Vorschriften über Ertheilung und Benutzung der Erfindungspatente kommen ferner zur Anwendung.

§. 10. Unter welchen Umständen und in welcher Art für die durch die §§. 1 bis 5 aufgehobenen oder für ablösbar erklärten Berechtigungen eine Entschädigung gewährt wird, bestimmt ein besonderes Gesetz vom heutigen Tage. Hinsichtlich der Entschädigungen für diejenigen Berechtigungen, welche schon vor Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes aufgehoben oder für ablösbar erklärt worden sind, bewendet es bei den bisherigen Vorschriften.

Entschädigungsgesetz zur allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845.

§. 1. Für den Verlust der durch die allgemeine Gewerbeordnung §§. 1 bis 4 aufgehobenen Berechtigungen findet eine Entschädigung statt, wenn die Berechtigungen zur Zeit der Publikation der Gewerbeordnung in rechtmäßiger Weise, für immer oder auf Zeit unwiderruflich bestanden.

§. 2. Ausnahmen hiervon (§. 1) treten ein:

- 1) wenn die Berechtigung zustand, dem Fiscus, einer Kammerlei oder Gemeinde innerhalb ihres Communalbezirks oder einer Corporation von Gewerbetreibenden, es mag solche geschlossen oder ungeschlossen sein;
- 2) wenn die Berechtigung von Einem der zu 1 bezeichneten Berechtigten erst nach dem 31. December 1836 auf einen Andern übergegangen ist.

In allen diesen Fällen wird eine Entschädigung nicht gewährt.

§. 3. In dem im §. 2 zu 2 bezeichneten Falle kann

der gegenwärtige Inhaber der Berechtigung sofort die Aufhebung des zwischen ihm und dem frühern Berechtigten bestehenden Vertrags-Verhältnisses verlangen; er muß aber dies Verlangen vor Ablauf des Jahres 1845 gegen den frühern Berechtigten schriftlich erklären.

Wird von dieser Befugniß Gebrauch gemacht, so sind die rechtlichen Folgen der Aufhebung nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen. Ist jenes Verlangen innerhalb der obgedachten Frist dem frühern Berechtigten nicht erklärt worden, so müssen die für Ueberlassung der Berechtigung übernommenen Verpflichtungen ohne Abzug fortgesetzt erfüllt werden.

§. 4. Die Ansprüche auf Entschädigung für den Verlust der durch die allgemeine Gewerbeordnung §§. 1 bis 4 aufgehobenen Berechtigungen müssen bis zum Schlusse des Jahres 1845 bei der Regierung schriftlich angemeldet werden.

§. 5. Eine Ausnahme hiervon (§. 4) findet statt in Ansehung derjenigen, nach §. 3 der Gewerbeordnung vorerst noch ferner zu leistenden Abgaben, welche auf Gewerbeberechtigungen ruhen, mit denen das Recht zur Unterfagung oder Beschränkung des Betriebs eines stehenden Gewerbes verbunden war. Der Anspruch auf die Entschädigung für die Berechtigung zur Erhebung von Abgaben dieser Art muß bis zum Schlusse des Jahres 1849 bei der Regierung schriftlich angezeigt werden; kommt jedoch die Abgabe schon früher in Wegfall, so muß die Anmeldung binnen Jahresfrist nach dem Wegfall erfolgen.

§. 6. Werden die Entschädigungs-Ansprüche innerhalb der in den §§. 4. und 5. bestimmten Fristen bei der Regierung nicht schriftlich angemeldet, so gehen die Berechtigten ihrer Ansprüche von selbst verlustig. Es können jedoch die im §. 39 bezeichneten Interessenten den Entschädigungs-Anspruch noch während einer anderweiten präclufivischen Frist von drei Monaten durch schriftliche Anmeldung bei der Regierung geltend machen. Auf einen nach Befriedigung dieser Interessenten etwa verbleibenden Uebereschuß kann aber der Berechtigte, welcher die Anmeldung versäumt hat, keine Ansprüche machen.

Breslau, den 4. October 1845.
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.

Das betreffende Publikum wird hierdurch in Kenntniß gesetzt, daß die beiden über die Weistraig führenden, zwischen Canth und Schosniß, Kreis Neumarkt, liegenden Brücken, wegen nothwendiger Ausbesserungen vom 19. November c. ab für den Verkehr gesperrt bleiben müssen, und während der Dauer dieser Bauten die Straße über die Mühle bei Fürtsch und über die sogenannte Gllgenau-Mühle, woselbst Brücken über die Weistraig sind, zur Passage dient.

Zugleich wird bemerkt, daß durch diesen Bau die Passage für Fußgänger nicht gehemmt wird, da für dieselben zur Communication noch Brücken vorhanden sind.

Breslau den 15. November 1845.

Königl. Regierung.

Abtheilung für Domainen, Forsten und directe Steuern.

Uebersicht der Nachrichten.

Der Socialismus und die deutsche Tagespresse. Das Gesetz, die Ablösung der Dienste in der Prov. Schlesien betreffend. Berliner Briefe (das Posener Complot, eine neue Verordnung des Kriminalgerichts.) Schreiben aus Posen (die Universität Krakau, neue Verhaftungen), Königsberg (Abegg, die Colonisationsgesellschaft), Münster (eine Differenz) und Eberfeld. — Schreiben aus Leipzig (Dr. Heyner, die Stadtverordneten, Dr. Peißl), Weimar (Ronge) Hannover (Ronge), Frankfurt a. M., München, Sternberg und Mecklenburg (der Landtag). — Schreiben aus Wien. — Schreiben aus Paris und Toulon. — Aus London. — Aus Brüssel. — Aus der Schweiz. — Aus der Türkei.

**** Der Socialismus und die deutsche Tagespresse.**

Seit wenigen Jahren ist auch in Deutschland die öffentliche Prüfung und Besprechung der materiellen Lebensverhältnisse auf die Tagesordnung gekommen. Wer dabei auf das Unzureichende dieser Verhältnisse über-

haupt hinwies, darin vielleicht auch diesen oder jenen Uebelstand besonders hervorhob, wie die schlechten Wohnungen größerer Volksmassen, den Einfluß des Jahreszeitenwechsels auf ihr Fortkommen oder Ähnliches, der wurde gar bald Socialist benannt, und sein System, wenn wir voraussetzen dürfen, daß es überhaupt schon solches in Deutschland giebt, hieß natürlich Socialismus. Wer sich nun für einen Kenner dieses Systems hielt oder vor den Leuten dafür gelten wollte, konnte dies nicht besser durchführen, als daß er behauptete, in demselben sei die schönste Heilmethode für alle Leiden und Gebrechen der bürgerlichen Gesellschaft enthalten, und um seinen Versicherungen desto größern Nachdruck zu geben, mußte er hinzufügen, daß es mit der Politik eigentlich vorbei wäre, daß man auf sie keine Hoffnung mehr zu setzen haben; es trat auch in Deutschland eine Scheidung zwischen Socialisten und Politikern ein, wie dies früher schon in Frankreich geschehen war. Dieses Land hatte eine Reihe von socialistischen Systemen erzeugt, deren Kenntniß den Deutschen nicht verborgen bleiben konnte. Die verschiedenen Richtungen des französischen Socialismus wurden Gegenstand deutscher Studien; man schrieb Bücher und hielt Vorlesungen über dies neu eröffnete Feld deutscher Gelehrsamkeit. Unter diesen Umständen war es der Tagespresse unmöglich, nicht auch Kenntniß von diesen neuen Strebungen und Richtungen zu nehmen, wie sie sich unter uns literarisch kundgaben, zumal da es ihre Aufgabe erheischt, daß sie die Interessen und Aufgaben der Heimath mit denen der Nachbarvölker in fortwährender Vermittelung und Wechselwirkung bringt. Während die Tagespresse also über das, was der Socialismus in rein theoretischer Form betrieb, gleichsam Buch führte, und dieses mit den Bestrebungen der Nachbarvölker verglich, hatten sich auch in Deutschland immer mehr die Symptome von ähnlichen gesellschaftlichen Leiden gezeigt, aus denen theilweise in den Nachbarländern die Theorien zu einer neuen Ordnung der socialen Verhältnisse entsprungen waren, wie z. B. in England der Charismus, in Frankreich die Doktrinen eines St. Simon's und Fourier's u. Im gründlichen Deutschland war man von einer gewissen Seite her nun schnell bemüht, die Sache so darzustellen, als ob die verzweifelten und deshalb gewaltsamen Ausbrüche unerträglicher Leiden nicht die Wirkungen vorhandener Uebelstände, sondern das Produkt jener Socialtheorien wären, die doch nur auf Grund der existirenden Zustände ins Leben treten konnten. Es hatte nur noch gefehlt, daß man jenen Socialtheorien für die Ursachen der bestehenden Nothzustände ausgab, und daß man aus der Lehre vom Communismus alle Leiden der Menschheit ableitete. Als die roheste Auflösung von Staat, Familie, Eigenthum aus allen sittlichen Verhältnissen hat man übrigens die letztere Lehre schon hinreichend auszubenten verstanden, sie ist das Schiboleth für alle Reaktionsbestrebungen geworden und der Popanz der Einschüchterung; sie muß den socialen Bemühungen der Gegenwart gegenüber zu demselben Zwecke dienen, wie vor beinahe dreißig Jahren das Schreckenswort „Demagogie“ zum Stigma für jeden Versuch einer politischen Fortentwicklung benützt wurde. Den Schrecken dieser Lehre spielt die Reaction als ihren letzten Trumpf gegen jedes Organ der deutschen Tagespresse aus, welches die socialen Zustände und die daran sich knüpfenden Lehren der Umgestaltung in den Kreis seiner Besprechung zieht. Daß dadurch nichts weiter erreicht wird, als höchstens eine vorübergehende Sprachverwirrung in der öffentlichen Discussion, versteht sich wohl von selbst. In Deutschland hat einmal die Entwicklung der materiellen Interessen dieselbe Bahn eingeschlagen, auf welcher England und an Frankreich ihr heutiges Ziel gelangt sind; daß in Deutschland sich die dortigen Uebelstände noch schneller

finden müssen, hat die größte Wahrscheinlichkeit für sich, weil uns so manche Bedingung in unsern öffentlichen Zuständen fehlt, welche dort dazu beiträgt, diese Uebelstände abzuwehren oder hinaus zu schieben. Muß man dies nun zugeben, so sind sociale Reformen ein Gebot der Nothwendigkeit; und die Tagespresse kann sich ihrer Aufgabe nicht entziehen, die öffentliche Meinung über diese Fragen zu vermitteln. Uebrigens ist es eine Täuschung, die man nicht selten selbst von Kennern der socialen Bewegung in Deutschland ausprechen hört, als ob diese Angelegenheit erst seit wenigen Jahren zur öffentlichen Diskussion in unserm Vaterlande gekommen sei. Wie machen deshalb auf eine Schrift von W. Schulz aus dem Jahr 1832 aufmerksam; sie handelt von Deutschlands Einheit, aber nicht bloß von dem deutschen Bundesstaatsrecht, sondern auch ziemlich ausführlich über die materiellen Interessen, wo nebenbei von den Thoren die Rede ist, die — unbekümmert um das Bösen Staat und Politik, um Verfassungen, Pressefreiheit, Öffentlichkeit und dergleichen — sich dennoch getrauen, das Hauptübel dieser Zeit, den auch in Deutschland immer greller hervortretenden Zwiespalt zwischen Reichen und Armen leichtweg zu heilen.

Inland.

Berlin, 19. November. — Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht, dem französischen Zollamts-Beamten Heinrich Adolph Périn zu Boulogne sur mer und dem Maurer-Lehrling Theodor Kaufmning in Pulkallen, Regierungs-Bezirks Gumbinnen, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Die gestern ausgegebene Nummer der Gesessammlung enthält u. A. nachstehende Allerhöchste Kabinetts-Ordre: „Auf den Antrag des Staatsministeriums vom 24ten d. M. bestimme ich hierdurch, daß die Juden auch in denjenigen Theilen der Monarchie, in denen gesetzliche Vorschriften über die Familiennamen der Juden noch nicht bestehen, festbestimmte und erbliche Familiennamen zu führen und diese binnen 6 Monaten, vom Tage der Publikation dieser Ordre an gerechnet, der Obrigkeit ihres Wohnorts anzuzeigen verpflichtet sein sollen. Zur Führung der gewählten Familiennamen ist die Genehmigung der Regierung einzuholen. Die gegenwärtige Ordre, wegen deren Ausführung der Minister des Innern die Regierungen mit Instruction versehen wird, ist durch die Gesessammlung bekannt zu machen.“

Sansfouci den 31. October 1845.
Friedrich Wilhelm.
An das Staatsministerium.“

Ferner (unt. No. 2633) das Gesetz, betreffend die Ablösung der Dienste in der Provinz Schlesien. Vom 31. October 1845.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u. verordnen für die Provinz Schlesien auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach Anhörung Unserer getreuen Stände und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, was folgt: §. 1. Der in den §§. 1 und 2 der Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 gemachte Unterschied zwischen Ackerbauern und Diensthilfsstellen findet nicht ferner statt; es können vielmehr alle Arten von Hand- und Spanndiensten, welche auf Grundstücken haften, die eigenthümlich oder zu Erbzinns- oder Erbpachtsrechten besessen werden, auf den einseitigen Antrag sowohl des Berechtigten als des Verpflichteten abgelöst werden. Ausgenommen bleiben jedoch diejenigen Dienste, welche nach §. 5 des gedachten Gesetzes keiner Ablösung unterworfen sind. §. 2. Ist der Berechtigte dem Dienstpflichtigen zu Gegenleistungen in Gelde oder in Naturalien verpflichtet, so wird der Werth der Gegenleistungen von dem Werthe der Dienste in Abzug gebracht. Uebersteigt der Werth der Gegenleistungen den Werth der Dienste, so hat der Berechtigte ohne Unterschied, ob der Antrag auf Ablösung von dem Berechtigten oder dem Verpflichteten ausgeht, diesen Mehrwerth zu vergüten. Eine Ausnahme hiervon findet nur statt, wenn dem Berechtigten aus einem besonderen Rechtsgrunde die Befugniß zusteht, wider den Willen des Verpflichteten auf die Dienste zu verzichten und sich dadurch von den Gegenleistungen zu befreien. Die Vergütung des Mehrwerths der Gegenleistungen erfolgt, wenn beide Theile sich nicht anders einigen, in einer festen Geldrente. Diese Rente kann nach den bestehenden Grundsätzen abgelöst werden. In soweit die Vorschrift des §. 12 der Ablösungsordnung vom 7. Juni 1821 diesen Bestimmungen entgegenläuft, wird dieselbe hiermit aufgehoben. §. 3. Der Ablösung nach den Grundsätzen der §§. 1 und 2 ist insbesondere auch das Dienstverhältniß, welches dem Zehntschmitt und Erdbreusch zum Grunde liegt, unterworfen. Die Schmittmandel und die Hebe, so wie der Drescherseffel, welche die Zehntschmitt und Erdbreusch für ihre Dienste beziehen, sind daher fortan nicht mehr zu den nach den Bestimmungen der §§. 26, 30, 31 und 32 der Ablösungsordnung für sich abzuschätzenden Naturalabgaben zu rechnen, vielmehr ist der von den Zehntschmittern und Erdbrechern zu verrichtende Dienst als die Hauptleistung, die Schmittmandel, die Hebe und der Drescherseffel aber als die Gegenleistung anzusehen, welche nur zugleich mit der Hauptleistung, in der im §. 2. dieses Gesetzes erwähnten Art, aufgehoben werden kann. Bei der Bestimmung des Werths dieser Gegenleistungen kommen die Vorschriften der §§. 27. und 30. der Ablösungsordnung ferner zur Anwendung. §. 4. Trägt der Dienstberechtigte auf Ablösung des Zehntschmitts oder Erdbreuschs an, so muß er, wenn er sich nicht mit einzelnen oder himmlichen Dienstpflichtigen anderweit einigt, den Antrag gegen alle demselben Gute gemeinschaftlich verpflichtete Zehntschmitt und Erdbreusch richten. Geht der Antrag aber von den Dienstpflichtigen aus, so muß sich die Minorität derselben dem Beschluß der Majorität, nach dem Verhältniß der Theilnahme am Dienst gerechnet, unterwerfen. Die Ablösung soll auch schon bei Gleichheit der Stimmen zulässig sein. §. 5. Ist auf Antrag der Dienstpflichtigen die Einleitung des Ablösungsverfahrens von der Behörde verfügt, so kann der Antrag nur durch einstimmigen Beschluß aller Dienstpflichtigen wieder zurückgenommen werden. §. 6. Die Entschädigung für Handdienste von solchem Grundbesitz, auf welchem nicht zugleich Spanndienste haften, erfolgt auch dann, wenn die Dienste über fünfzig Mannshandtage jährlich betragen, durch feste, nach Maßgabe der Ablösungsordnung abzählbare Geldrente, sofern die Interessenten nicht etwa wegen einer anderen Entschädigung sich einigen. Die entgegenstehenden Bestimmungen der §§. 13. bis 15. der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821. treten in Beziehung auf die gedachten Dienste außer Kraft. Dagegen bleibt es in Betreff der Entschädigung für Spanndienste und für die damit verbundenen oder gleichzeitig von derselben Stelle zu leistenden Handdienste bei den Vorschriften der erwähnten §§. 13—15. §. 7. Auf Ablösung nach den Grundsätzen des gegenwärtigen Gesetzes kann selbst in den Fällen angetragen werden, in welchen vor Publikation dieses Gesetzes durch Verträge oder Judikate die Unablösbarkeit der Dienste festgestellt worden ist. Ueberrücklich unter Unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insignel.

Gegeben Sansfouci, den 31. October 1845.
(L. S.) Friedrich Wilhelm.
v. Rochow. v. Savigny. Graf zu Stollberg. Uden.
Beglaubigt: Bode.

△ Berlin, 18. Novbr. — Nach hier höheren Orts aus Posen über das dort entdeckte Complot eingegangenen Nachrichten soll dasselbe tiefer liegen und einen straffarerer Character an sich tragen, als man anfangs zu vermuthen geneigt war. Es handelte sich dabei von nichts weniger, als von einer höchst verbrecherischen gewaltsamen Bewegung gegen die Regierung, welcher die Provinz Posen gerade für die ihr zu Theil gewordenen und noch werdenden Wohlthaten zur dankbarsten Treue verpflichtet sein mußte. Zur näheren Ermittlung des Thatsbestandes und der Sachlage sind bereits mehrere hochgestellte Beamte von hier nach dem Posenschen jetzt geschickt worden.

*** Berlin, 18. Novbr. — Gestern Abend war in unsern diplomatischen Salons die Nachricht sehr verbreitet, daß im Laufe des Tages in der Kanzlei eines fremden Gesandten bedeutliche Nachrichten über die Zustände in Athen eingelaufen wären. — Mit großem Interesse liest man immer hier die Berichte von der Reise des Prinzen Waldemar. Keine frühere Reise von Mitgliedern unsers königl. Hauses in fremde Welttheile ist mit allen ihren Einzelheiten und so genau umfänglich zur öffentlichen Kenntniß des Publikums gelangt, als diese. Man verdankt diesen Umständen der Thatsache, daß man dem Prinzen in der Person des Dr. Hofmeister einen Begleiter erwählt hat, der nicht allein vollkommen mit den nöthigen Vorkenntnissen zum Anblick und zur richtigen Erkenntniß, der sich dem hohen Reisenden anschließen den neuen Welt versehen ist, sondern auch die Gabe besitzt, das Gesehene und Erlebte auf eine zweckmäßige und anschauliche Weise nieder zu geben. — Im Felde der historischen Literatur erregt in diesem Augenblick die aus den hinterlassenen Papieren des gelehrten Niebuhr, von dem Sohne des Verfassers, herausgegebenen Geschichte der französischen Revolution, große Theilnahme. Dieselbe begründet sich nicht bloß auf einen Vergleich mit der Geschichte dieser wichtigen Zeitperiode, die kürzlich von dem Professor Dahlmann verfaßt, erschienen ist, sondern auch auf manches Spiegelbild, welches Niebuhr aus jener vergangenen Zeit der Gegenwart vorführt, und somit zu interessanten Parallelen des Damals und des Jetzt, Veranlassung giebt. — Die Allg. Preuß. Ztg. hat vor kurzem eine Recension der neuesten literarischen Arbeit des Hofmarschall Obrist-Lieut. von Schöning, betitelt: Histor. biogr. Nachrichten zur

Geschichte der Brandenburg-Preuß. Artillerie gegeben.
 Es scheint uns aber in dieser Beurtheilung eine Eigen-
 thümlichkeit des Werkes nicht gehörig hervorgehoben zu
 sein. Es ist nämlich bis jetzt noch nirgends das Wirken
 des verstorbenen Prinzen August von Preußen als
 Patriot, als Soldat und Vorgesetzter und ganz beson-
 ders auch die menschenfreundliche und sorgsame Weise,
 mit welcher sich dieser Prinz seiner Untergebenen annahm
 und für die Anerkennung der von ihnen erworbenen Ver-
 dienste in der Zeit des Krieges und des Friedens, auf
 den Schlachtfeldern und in den Werkstätten und Labo-
 ratorien, sorgte, so anschaulich gemacht worden, wie in
 diesem Buche. — Es sind in den letzten Tagen mehrere
 neue Combinationen in Beziehung auf wichtige Verän-
 derungen in der hohen Beamtenwelt aufgetaucht und
 einige wurden auch in dieser Zeitung uns nahe bevor-
 stehend angekündigt, bis jetzt aber bleiben sie noch ohne alle
 Bestätigung. Nur des Chef-Präsidenten des Oberlandesger-
 richts von Magdeburg, Hrn. Grelachs Ernennung zum Präsi-
 denten des Ober-Consistoriums der Provinz Brandenburg
 wird nach wie vor von vielen Seiten erwähnt. Die
 interna oder inneren Angelegenheiten der evangelischen
 Kirchen, oder vielmehr die obere Leitung derselben,
 scheint immer mehr in den Wirkungskreis des neuen
 Consistorial-Präsidenten, wie die interna der katholischen
 Kirche in den des Ober-Präsidenten gezogen zu wer-
 den. Schon früher und namentlich durch die königl.
 Verordnung vom 23. Oct. 1817 lag auch bereits die
 Erörterung über die Zulässigkeit päpstlicher Bullen und
 Breven in den Befugnissen der Oberpräsidenten und
 dieselben haben nun und zwar, wie wir hören, mit
 großer Meinungsverschiedenheit ihre Ansichten über die
 neueste, die Einsegnung der gemischten Ehen betreffende
 Zuschrift der römischen Curie berichtet. Dem Verneh-
 men nach werden im Monat Januar hier mehrere hohe
 Prälaten in den Angelegenheiten ihrer Kirche namentlich
 der neue Erzbischof von Köln und der Fürstbischof von
 Breslau hier eintreffen. — Herr Strauß hatte gestern
 bei dem letzten Concert seines Orchesters wieder ein zahl-
 reiches elegantes Publikum. Die Berliner sagen, er
 hätte in dem glänzenden Lokale selbst die Executoren
 zum Walzer und Abmarsch in Bewegung gesetzt.

(Nach. 3.) Eine neue Verordnung des Kriminal-
 gerichtes findet hier vielbegehrten Widerspruch. Der
 Umstand, daß einige Verbrecher in Untersuchung ent-
 wichen, indem sie sich, durch übliche bürgerliche Kleidung
 auf ihren Wegen aus den Verhörszimmern in das Ge-
 fängniß, für den Augenblick den Schein gewöhnlicher
 Vorgeladener zu geben wußten, hat das Kriminalgericht
 bestimmt, allen mehrfach bestrafte Gefangenen auch
 während der Untersuchung schon eine offizielle Uniform
 des Verbrechers anlegen zu lassen: Jacke von braunem
 Tuch im Winter, im Sommer von grauem Drillich,
 doch sollen nach Rang und Stand und Bildung der
 Untersuchten Ausnahmen vorbehalten bleiben. Dies
 wegen einiger Entweichungen, welche in keinem Falle
 diese Maßregel rechtfertigen. So lange Jemand in
 Untersuchung ist (in der Regel über 6 Wochen bis
 beinahe so viele Monate) ist die Schuld nicht erwiesen.
 Es werden gar Viele nach langer Untersuchung völlig
 freigesprochen. Die tragen also wegen bereits bestrafte
 und geführte Verbrechen das Verbrecherkleid. Die
 Untersuchten werden auf ihren Wegen zum Verhör und
 in den Verhörszimmern und auf dem Rückwege von
 Vielen gesehen die als Zeugen u. s. w. bloß geladen
 sind. Das Brandmal um Schultern und Arme muß
 Jeden quälen, der noch Ehregefühl besitzt; er wird mit
 der Zeit abgestumpft werden. So läßt sich diese Maß-
 regel gewiß nicht rechtfertigen, weil Alle darunter leiden,
 um einige Entweichungen zu vermeiden, die wohl am
 besten durch größere Aufmerksamkeit der Führer und
 Aufseher zu beseitigen wären.

Posen, 8. Novbr. (A. 3.) Auf den polnisch-preuß.
 Grenzämtern befinden sich zwei starke Foliohände mit
 Namen von Personen angefüllt, denen der Eintritt ins
 Königreich Polen untersagt ist. — Eine der ältesten Hoch-
 schulen, die lange Zeit berühmte Jagellonische Universität
 Krakau, befindet sich in gänzlichem Verfall, so daß sie
 kaum mehr den Namen einer solchen Anstalt verdient;
 sie zählt gegen 150 Studirende auf 50 Professoren, von
 denen manche, wie natürlich, bei einem solchen Mißver-
 hältnisse, keine Zuhörer haben können. Um den unver-
 meidlichen Folgen dieses Zustandes, d. h. ihrer Ent-
 fernung vorzubeugen, soll es akademische Lehrer daselbst
 geben, die es nicht unter ihrer Würde halten sich Figu-
 ranten, die bei ihren Vorlesungen gegenwärtig sein müssen,
 zu miethen. Die Professoren für die katholisch-
 theologische und für die philosophische Fakultät wer-
 den von Rußland, für die medicinische von Oesterreich
 und für die juristische von Preußen bestätigt. Die Re-
 publik Krakau führt den Titel eines „unabhängigen und
 streng neutralen Freistaats.“ — Den russischen Genera-
 len und andern hohen Beamten, die vom Kaiser mit
 Gütern, welche ausgewanderten Polen weggenommen
 wurden, beschenkt worden sind, ist zur Pflicht gemacht
 worden, binnen 6 Jahren auf diesen Gütern griechi-
 sche Kirchen zu erbauen. Auch dürfen sie dieselben
 nicht an Polen verpachten. — Der wegen seines un-
 glücklichen Quills mit dem Referendarius Schade in
 Königsberg bekannt gewordene vor kurzem hierher ver-
 setzte Lieutenant von Leithold ist nur mit einer Mehrheit

von 4 Stimmen als Mitglied des hiesigen deutschen
 Casino aufgenommen worden.

8. Posen, 18. November — Heute sind wieder
 mehrere Verhaftungen bedeutender Personen vorgenommen.
 Außerdem fanden noch andere Arrestirungen statt, so daß
 sich die Zahl der zu freier Wohnung in unserer Frohn-
 feste und in unserem Polizei-Directorium Verurtheilten nun
 bis hoch in die vierzig von hiesigen Einwohnern beläuft
 — von den täglich von auswärts eingehenden Arrestan-
 ten reden wir gar nicht. Heute ist aus Gnesen ein
 Detachement Infanterie, bestehend aus 2 Offizieren
 und 80 Mann, eingerückt, zur Verstärkung der
 Garnison, namentlich des Wachtdienstes, da es sich
 jetzt nicht selten traf, daß, der Rekrutenzeit wegen, ein-
 zelne Soldaten den zweiten Tag schon wieder auf
 Wache kamen. Die bis jetzt zu Verhörszimmern ge-
 brauchten Räume über der Wache, sollen nun als Ka-
 serne von 24 M. benutzt werden, einmal um die frem-
 den Truppen unterzubringen, dann aber auch wohl, um
 der, selbst mit der Abends eintreffenden Verstärkung von
 einem Unteroffizier und 24 M., immer noch schwachen
 Hauptwache mehr Consistenz zu geben. — Die Gerüchte
 von der Versetzung unserer Infanterie halten sich fort
 und werden jetzt: Kolberg und Danzig als die Orte
 genannt, wohin sie möglicher Weise kommandirt werden
 möchten. — Die Festung wird jetzt stets 10 Uhr Abends
 für Jedermann, selbst die Bewohner derselben, geschlos-
 sen und haben sämtliche Feldwebel, die sonst (weil sie
 verheirathet sind) in der Stadt lagen, die Festung be-
 ziehen müssen.

Königsberg, 14. Nov. — Herr Keber theilt in
 der Königsb. Ztg. Folgendes mit: Die wöchentlichen
 Zusammenkünfte der hiesigen Kolonisationsgesellschaft ha-
 ben (wie in der Schles. Ztg. bereits erwähnt) auf eine
 unerwartete Weise ihr Ende erreicht. Der Justizrath
 K. empfing am 11. d. Mts. ein Schreiben des Poli-
 zeipräsidenten L. vom 8. d. Mts., in welchem er „in
 Gemäßheit der Kabinettsordre vom 17. v. M.“ aufge-
 fordert wird, bis dahin, daß das Statut der hiesigen
 Kolonisationsgesellschaft höhern Orts bestätigt worden,
 keine weitere Zusammenkünfte der Mitglieder dieser Ge-
 sellschaft zu veranlassen und dies denselben mit dem
 Bedeuten zu eröffnen, daß, im Fall dennoch derartige
 Versammlungen und Vorträge über Auswanderungs-
 Angelegenheiten in denselben gehalten werden sollten,
 polizeilich eingeschritten werden würde. Der Wille der
 Polizeibehörde, welcher durch eine mündliche Rücksprache
 nicht alterirt werden konnte, wurde der Gesellschaft in
 der gestrigen Versammlung bekannt gemacht und diese
 sodann geschlossen, nachdem man sich zuvor dahin aus-
 gesprochen hatte, vorläufig in Bezug auf das Verbot
 nichts zu veranlassen. Es sind nun aber die Angele-
 genheiten der Kolonisationsgesellschaft schon so ausführ-
 lich besprochen und alles zur Förderung des Projekts
 Dienliche so vollständig eingeleitet, daß es für jetzt kei-
 ner weiteren Besprechungen bedarf. Fernere Zusamen-
 künfte konnten nur den Zweck freundschaftlicher Abend-
 unterhaltungen haben, die allerdings erheiternd nach der
 Arbeit des Tages und zugleich belehrend waren, weil
 Männer von den verschiedenartigsten Fächern über in-
 teressante Gegenstände des praktischen Lebens, z. B.
 Schiffsbau, Ackerwirtschaft, Handel u. ihre Ansichten,
 Kenntnisse und Erfahrungen austauschten. Zur Ver-
 hütung auswärtiger Mitglieder wird bemerkt, daß die
 Gesellschaft nach wie vor fortbesteht, daß das genom-
 mene Ziel ruhig verfolgt und von jedem interessirenden
 Umstände auf nicht verbotenen Wege getreue Mitthei-
 lung gemacht werden wird. — Auf die Anfrage wegen
 Ueberlassung zweier Landstriche in Mittelamerika ist noch
 keine Antwort eingegangen.

Königsberg, 16. November. — Gestern nahm
 Herr Abegg von dem Burgkirchen-Kollegium, dessen Di-
 rigent er war, Abschied und erbat sich als letzte Gunst
 die Befugniß, in der nächsten Gemeinde-Versammlung
 seinen Nachfolger in Vorschlag bringen zu dürfen.
 Herr Abegg hat auch in dieser seiner Eigenschaft, als
 Director des Burgkirchen-Collegiums, vor einiger Zeit
 die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich gezo-
 gen, nämlich, als es sich um die Wahl des Herrn Divisions-
 Predigers Rupp zum Hosprediger-Adjunkten handelte, und
 gegen dessen eventuelle Berufung Protest eingelegt wor-
 den war — und sein Ausscheiden von diesem Posten

wird gewiß von einer großen Partei schmerzlich em-
 pfinden werden. Heut ist Herr Walebrode, nachdem
 man ihm vorgestern noch ein solennes Festessen veranz-
 staltet hatte, von hier abgereist, um sich nach Graudenz
 zu begeben, welche Stellung ihm, seiner Proletation un-
 geachtet, zur Abbüßung seiner Strafzeit angewiesen ist.
 Walebrode ist durch seine Eigenschaft als Woiwode und
 gewandter Redner in den Bürger-Versammlungen auch
 in weitem Kreise, die sonst einer bloß literarischen Thä-
 tigkeit gegenüber sich höchst indifferent verhalten, bekannt
 geworden, und sein Name hat sich daher eine solche
 Popularität gewonnen, daß seine Abreise Hunderte von
 Menschen nach dem Posthose lockte, um ihm als Be-
 weis der Achtung und Anhänglichkeit ein widertholtes
 Lebewohl und Lebewohl zuzurufen. In der kleinen Phala-
 nx unserer Liberalen wird Walebrode sehr vermißt
 werden: seine achtungswerthe Persönlichkeit trug viel
 dazu bei, den von ihm verfolgten Tendenzen Aner-
 kennung zu verschaffen, auch war er unermülich, zu
 Gunsten seiner Partei selbst politischen Kleinhandel zu
 treiben, eine Thätigkeit, welche ihn leider abhielt, mit
 seinem schönen Talente in dem Grade zu wuchern, als
 es seinem schriftstellerischen Renommé zuträglich gewesen
 wäre. Indes ist soeben noch im Verlage von L. Woyt
 ein Königsberger Taschenbuch erschienen, dessen Heraus-
 gabe wir ihm zu danken haben. Ich sage: zu danken;
 denn Freunde wie Feinde des Königsberger Liberalismus
 müssen es für wünschenswerth halten, ein Programm
 dieser Partei zu besitzen, um die eignen Hoffnungen oder
 Befürchtungen darnach abmessen zu können. Diesen
 Werth hat aber das genannte, inhaltreiche Taschenbuch,
 zu welchem außer dem Herausgeber, die Herren: Cre-
 linger, Freundt, A. Jung, Sachmann, J. Jakoby, E.
 v. Lengeler, Wechsler und Wolff Beiträge geliefert haben.
 Es sind neue „Inländische Zustände“, welche, sich in
 die Verhältnisse schickend und von dem Privilegium der
 „Ueber zwanzig Bogen-Bücher“ Gebrauch machend, in
 Form eines Buches auftraten, nachdem sie, als zum
 Theil wirklich gehaltene Vorträge, auch dem Augen-
 blick gedient und namentlich in den Bürger-Versam-
 mlungen ihren Zweck nicht verfehlt haben.

Münster, 11. Nov. (Tr. 3.) Gegenwärtig schwebt
 eine merkwürdige Differenz zwischen der hiesigen geist-
 lichen Behörde und der Regierung, auf deren endliche
 Lösung man hier sehr gespannt ist. Durch eine Cabi-
 netsordre, welche während der Regierung unserer verstor-
 benen Königs erlassen ist, wurde nämlich der hiesigen
 bischöflichen Behörde das Recht zugesprochen, die Schul-
 lehrstellen zu besetzen. Da jedoch von diesem Rechte
 in der letzten Zeit von der bischöflichen Behörde kein
 Gebrauch gemacht worden ist, so hat die Regierung die
 Stellen immer ruhig und ungestört besetzt. Jetzt tritt
 aber auf einmal die bischöfliche Behörde auf — vielleicht
 erst so spät, weil ihr die erwähnte Cabinetsordre in
 Vergessenheit gerathen war — spricht der Regierung
 dieses Recht ab und sich zu, indem sie sich auf die
 Cabinetsordre stützt. Die Regierung aber weigert sich
 das Recht der Stellenbesetzung der bischöflichen Behörde
 einzuräumen, beruft sich vielmehr auf eine Cabinetsordre,
 welche von Sr. Maj. unserm jetzt regierenden Könige
 erlassen worden ist und nach welcher sie sich allerdings
 bei dieser Verweigerung in ihrem Rechte befindet. Man
 kann sich den Widerspruch beider Cabinetsordren nicht
 anders als dadurch erklären, daß man bei Aufassung der
 zweiten Cabinetsordre das Dasein der ersteren übersehen
 hat und dieses wird namentlich noch dadurch wahrschein-
 licher, daß die zweite Cabinetsordre die erstere nicht aus-
 drücklich aufheben soll. Dem Vernehmen nach wird
 die ganze Sache Sr. Majestät zur Entscheidung vorge-
 legt werden.

Elberfeld, 16. Nov. (Elf. 3.) An den Präsi-
 denten des hiesigen königl. Handelsgerichts, Commerzienrath
 von der Heydt, ist eine Einladung ergangen, der zu
 Berlin angeordneten commissarischen Berathung über
 den Entwurf einer Wechselordnung für die ganze Mo-
 narchie beizuwohnen.

Deutschland.

Leipzig, 16. Nov. — Eine Anzahl Commu-
 nalgardisten hat an den Arzt Dr. Heyner folgende Zu-
 schrift gerichtet: „Die unterzeichneten Mannschaften und
 Chargirten der Leipziger Communalgarde fühlen sich ge-
 drungen, ihrem geehrten Kameraden Herrn Hauptmann
 Heyner für die männliche und feste Haltung, die die-
 selbe sowohl bei den Vorkommnissen des 12. August's,
 als auch später bewiesen hat, ihren innigsten Dank
 darzubringen.“ Die Dedication, deren im commissari-
 schen Berichte mitgetheilte Aussage allein sein Verhalten
 bloßstellen schien, ein gewisser L., ein Mann, dessen
 Ruf wohl nicht in allen Stücken günstig war, hat sich
 vor 1 oder 2 Wochen, das Leben genommen und zwar
 wie man versichert, zum Theil aus Gewissensbissen.
 Von mehreren Seiten möchte man jetzt das Verhalten
 des Commandanten der Communalgarde durch den
 Wortlaut seiner Instruktion rechtfertigen: allein man
 vergißt ganz und gar, daß solche Instruktionen nur für
 gewöhnliche Zeiten Geltung haben können, und daß
 sie nicht binden und lähmen dürfen, wenn einmal die
 Dinge aus ihrem Gleise getreten sind, man vergißt, daß in
 solchen Verhältnissen seine Pflicht es ist, auf jede Möglichkeit

Frankreich.

*** Paris, 14. Novbr. — Anstatt politischer ist jetzt die Brodfrage die einzige, welche das Publikum wie die öffentlichen Blätter beschäftigt. In Paris, wohin große Zufuhren kommen und die Arbeitspreise ziemlich hoch sind, macht sich die Noth nicht so bemerkbar, als in den Provinzen, wo das Gegentheil stattfindet. Hier treibt die Furcht vor einer Hungersnoth Viele an, Brod im Voraus einzukaufen, was wiederum ganz natürlich die Preise in die Höhe treibt. So fand man jüngst bei einer Frau, welche im Verdachte stand, gestohlene Dinge zu verwahren, anstatt derselben 100 Pfd. Brod, welche die Frau sich für den Winter eingekauft hatte.

Die Regierung soll die Absicht haben, den Besitz der Marquesas Inseln wieder aufzugeben. (?)

Se. M. der König hat ein israelitisches Consistorium in Algier mit zwei Unter-Consistorien, in Dran und Constantine, zu errichten besohlen.

In Folge der Vorstellung unserer Handelskammer soll der Handelsminister entschlossen sein, Inspektoren zu ernennen, welche alle Französischen Waaren beim Ausgange zu untersuchen hätten, was sehr günstig auf die Beschaffenheit der Französischen Fabrikate wirken müsse und dieselben im Auslande in Ehren halten würde. — Von Florenz schreibt man unter dem 6ten, daß Ibrahim Pascha in den Zirkeln der höhern Gesellschaft eine herzliche Aufnahme fand. So verbrachte er einen Abend bei der Lady Normandey zu, wo eine große Gesellschaft zusammen war und er sich viel mit den Damen unterhielt. Bevor er Pisa verließ, wurde ihm im Namen des Großherzogs und der ersten Behörden ein großes Bankett gegeben, wobei er in Italienischer Sprache folgenden Toast ausbrachte: „nicht auf das Gedeihen Toscanas, denn es gedeiht, nicht auf das Glück seiner Bewohner, denn sie sind glücklich — sondern auf die Erhaltung des guten Fürsten, der es regiert.“

In Paris eingetroffene Briefe aus Palermo berichten gleichfalls, der Kaiser von Rußland sei entschlossen, auf seiner Rückkehr Rom zu berühren, um dem Papste ein Konkordat im Geiste dessen, das Napoleon mit Pius VII. abschloß anzubieten. (Vgl. Nr. 270 uns. Z.)

Toulon, 10. November. — Der Dampfer „Dre-noque“ bringt Nachrichten aus Dran vom 7ten d. Mit großer Spannung erwartete man Berichte aus dem Innern des Landes. Stadt und Umgegend waren wie verlassen, denn die Truppen sind ins Feld gezogen und die benachbarten arabischen Stämme abgefallen. — Die Dörfer in der Nähe unserer Stadt, in der letzten Zeit mit Truppen überfüllt, werden jetzt durch die allmähliche Einschiffung derselben wieder ruhig und leer.

Großbritannien.

London, 14. November. (B. H.) Es scheint sich zu bestätigen, daß die Einberufung des Parlaments vor der gewöhnlichen Zeit stattfinden werde. Wenigstens bringt der ministerielle Standard heute eine „Einsendung“, dergemäß am 20sten d. M. eine Geheimraths-Sitzung in Windsor abgehalten werden soll, um über eine Proclamation zu berathen, durch welche das Parlament vom 27sten d. M. bis zu den ersten Tagen des Januar prorogirt werden soll, um dann eröffnet zu werden; in der Regel wird bekanntlich das Parlament erst zu Anfang Februar eröffnet. Die Minister scheinen sich demnach überzeugt zu haben, daß wenigstens für die nächste Zeit der Zustand der Dinge in Irland keine außerordentlichen Maßregeln nöthig macht und in der That sollen auch die letzten Berichte aus Irland dahin lauten, daß sich fast überall die Beschaffenheit der Kartoffeln besser zeige, als man anfangs geglaubt habe, und daß jedenfalls die unter der Herrschaft des ersten Alarms entstandene Besorgniß vor einer plötzlichen Hungersnoth sich als unbegründet erweise. Daß aber nichtbedenklicher die Regierung ein kräftiges Einschreiten zu Gunsten der von Mangel bedrohten gelageren Volksklasse von Irland noch im Laufe des kommenden Winters für nöthig hält, geht aus der um einen ganzen Monat beschleunigten Einberufung des Parlaments zur Genüge hervor. Daß die Freigebung der Getreidezufuhr der darbenenden Klasse in Irland unter den gegenwärtigen Umständen wenig oder gar nichts nützen würde, ist hinlänglich erwiesen und in England selbst, so wie in Schottland die Ernte keineswegs so ausgefallen, daß außerordentliche Maßregeln nöthig wären und wenn besserungsgedacht denselben, während der letzten Zeit so eifrig das Wort geredet worden ist und noch geredet wird, so hat man das hauptsächlich der Agitation der Anti-Corn-Law-League zuzuschreiben, welche die Umstände trefflich zu benutzen verstanden hat und die ihren Zweck in der nächsten Parlaments-Sitzung, wenn auch nicht vollständig doch gewiß so weit erreichen wird, daß die wechselnde Scala ihr Ende findet. Gestern fand der erste Spatenstich auf der durch das Thal des Trent anzulegenden Eisenbahn statt, ein Ereigniß, welches ungeachtet der großen Menge der neuen Eisenbahnen einiges Aufsehen erregte, theils weil die

neue Bahn bestimmt, eine nähere Verbindung zwischen London und den Fabrikdistrikten in nördlichen England, so wie zugleich mit dem Westen von Schottland und mit Irland einzuleiten, theils weil der Premierminister den ersten Spatenstich vornehmen sollte. Sir Robert Peel benutzte die Gelegenheit, um sich für die Anlegung von Eisenbahnen im Allgemeinen, als einem kräftigen Mittel zur Hebung des Wohlstandes, auszusprechen und den Eigennuß derjenigen scharf zu geißeln, welche nur aus Besorgniß, ihre Privatneigungen und Bequemlichkeiten verletzt zu sehen, der Anlegung von Eisenbahnen, wo dieselbe mit ihren Löhnen nicht übereinstimmt, Hindernisse in den Weg zu legen suchen; zugleich richtete er ein ernstliches Wort an die Eisenbahn-Direktionen, um ihnen größere Wohlfeilheit und Vorsicht des Transports anzupfehlen.

Belgien.

Brüssel, 14. November. — Heute empfing der König die mit Ueberreichung der Antwort-Adresse des Senats auf die Thronrede beauftragte Deputation dieses Staatskörpers und erwiderte derselben einige Worte.

Schweiz.

St. Gallen. Aus den Großrathsverhandlungen theilen wir heute nur mit, daß in der Sitzung vom 12. d. M. eine Petition des apostolischen Vicars um Erlassung eines Sirkles gegen den Mißbrauch der Presse vorgelegt wurde. Dieselbe kommt später in Berathung.

Lausanne, 12. Nov. (Bas. Z.) Gestern war die Geistlichkeit von 10 Uhr bis Abends 7 Uhr im Saale des Stadtrathes bei verschlossenen Thüren versammelt, um über den staatsrätlichen Suspensionsbeschuß zu berathen. Ueber 200 Geistliche waren anwesend; auf der Tribüne befanden sich die Studenten der Theologie. Mehr als die Hälfte der Anwesenden sprach sich für eine allgemeine Demission aus; daneben machte sich eine Mittelmeinung geltend, es möge eine Adresse an den gr. Rath erlassen und dabei erklärt werden, man entsage einstweilen der Befolgung. Diese Art von Appellation wurde jedoch aufgegeben. Am Ende hielt Prof. Monnard eine feurige Rede, in welcher er darauf hinwies, es sei der Jahrestag des Schwures im Grütli, möge ihn ein neuer Bundesschwur kirchlicher Freiheit bezeichnen! Auch heute war man den ganzen Tag versammelt. Es ging schon gegen Abend, als nach einer feierlichen Anrede Monnards und nach einem Gebet des greifen Prof. Gereche der Beschluß der Abdankung gefaßt wurde. Es war ein würdiger, rührender Augenblick; Viele weinten. So haben nun 150 Geistliche ihre Entlassung auf den 15. Dec. förmlich erklärt. Dieser Tag wurde gewählt, damit die auf einen Monat Suspendirten hernach noch einen Sonntag frei haben, um von ihren Gemeinden Abschied zu nehmen.

Luzern, 13. Nov. Der Leichnam Wallers, der früher auf Verordnung des Stadthalteramtes neben den in Luzern beerdigten Freischaaern begraben worden war, wurde auf Verlangen des Stadtpfarrers Rickenbach Nachts von Nobelgardisten wieder ausgegraben und unter den Galgen gelegt. Am Feste Aller Seelen predigte Vater Berekund, daß das Gebet für Selbstmörder und für Solche, die im Aufrehr gegen ihre rechtmäßige Obrigkeit gefallen, unnütz und unerlaubt sei. Gestern verkündigten die Jesuiten von der Kanzel eine Wallfahrt nach dem Hergottswald.

Zürich, 14. Nov. Auf ein Gesuch der Regierung des Kantons Luzern, daß nebst drei andern Flüchtlingen auch Lieutenant Brunner als Theilnehmer an dem viel besprochenen Morde verhaftet werden möchte, ist vom Regierungsrathe im Wesentlichen erwidert worden: Brunner befinde sich, wie die requirirende Regierung wohl wisse, schon seit mehreren Wochen im Verhafte, und wenn nicht spätestens bis nächsten Mittwoch ein motivirtes Austerlieferungsgesuch nebst den einschlägigen Acten hier einkomme, so müsse der Betreffende auf freien Fuß gesetzt werden.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 29. October. (A. Z.) Ein Kammerling des Sultans, derselbe Seim Bey, der vor Kurzem dem gestürzten Nisa die Ungnade seines Herrn ankündigen und ihm das Rangzeichen abfordern mußte, hat gestern auf einem Dampfboot der Regierung seine Reise nach Tunis angetreten. Er ist Ueberbringer eines Investiturfemans für Lebenszeit des gegenwärtigen Bey von Tunis, und hat ihm gnädigen Erlaß alles rückständigen und künftigen Tributes für dieselbe Dauer anzukündigen.

Alexandria, 28. October. (A. Z.) Dieser Tage hatten wir wieder einen thatsächlichen Beweis von dem hier zu Lande herrschenden Fanatismus. Zwei arme abyssinische Kopfermönche, welche hierherkamen, um sich nach Jerusalem zu begeben, wurden von einem ungeheuer zahlreichen Pöbelhaufen, unter dem Vorgeben, daß heuer zahlreich seien, welche Leute, besonders die Kinder verfluchen, verfolgt und mißhandelt. Nur mit Mühe ist es dem französischen General-Consul gelungen, sie der Wuth des Pöbels zu entreißen und unter seinen Schutz

zu nehmen. Zwei Tage später, als sie sich einschiffen wollten, wiederholte sich der Auflauf; glücklicherweise gelang es einem gewissen Hassau Bey, die armen Mönche in den Garten des Moharrem Bey zu bringen und auf diese Weise vor Gewaltthat zu wahren. Die Polizei hat 16 der Tumultuanten ergriffen und sie zur Galeere verurtheilt, welche Strafe sicher noch viele andere erhalten werden.

Miscellen.

Düsseldorf, 10. Novbr. — Die Köln-Düsseldorfer Eisenbahn-Gesellschaft hatte eine Landstrecke in Besitz genommen, ohne sich vorher mit dem Eigenthümer geeinigt zu haben. Nachdem ihre Bahn vollendet war, erschien am 6. Nov. ein Gerichtsvollzieher, begleitet von 4 Gensdarmen und mehreren Arbeitern und ließ, das gerichtliche Urtheil in der Hand, welches die Eigenthümer des von der Eisenbahn-Gesellschaft ohne Einigung occupirten Terrains wieder in den Besitz setzte, die Bahnarbeiten zerstören. Die Schienen wurden auf jener Stelle abgebrochen, mit den Schwellen in die Tiefe gerollt und der Erdbamm durchstoßen. Zwar eilte beim Anblick dieser Zerstörung ein Haufen der Eisenbahn-Arbeiter herbei, um das Werk zu hindern, die Gensdarmen traten aber dazwischen und unter ihrem Schutz wurden die Zerstörungsarbeiten vollendet. Von Seiten der Bahnverwaltung legte man jedoch nach Abzug der Gensdarmen sofort Hand ans Werk, um das Zerstörte wieder herzustellen. Zahlreiche Arbeiter waren mit dem Erdbamm bis Mitternacht und des andern Morgens früh schon beschäftigt und nachdem die Schienen und Schwellen wieder aufgelegt waren, wurden die ersten mit starken Schloßern und Schrauben befestigt, um eine nochmalige Zerstörung bedeutend zu erschweren. Es wurde jedoch der Bahnverwaltung erklärt, wenn dieselbe bis Freitag Mittag sich mit den betreffenden Eigenthümern nicht geeinigt hätte, würde man sich genöthigt sehen, wiederum die Zerstörung unter dem Schutze der bewaffneten Macht erfolgen zu lassen. Die Einigung scheint nun endlich erfolgt, da weitere Angriffe unterbleiben.

Vom Main, 12. Nov. — Welche Ausdehnung und weithin reichende Verzweigung die Herrschaft oder das Reich der Jesuiten vor der Auflösung dieser mächtigen Gesellschaft durch Papsi Clemens XIV. gewonnen, ergibt sich aus einer Uebersicht, welche den 30ten Juit 1830 in dem Archive zu Montroque, bei Paris, gefunden worden. Am Abend vorher hatte sich ein Volkshaufe des großen Jesuitenhauses in dem eben benannten Dorfe bemächtigt und die Bewohner desselben hatten sich geflüchtet. Das in Rede stehende Dokument enthält eine „genaue und authentische Liste sämtlicher früheren Jesuitenanstalten auf der Erde.“ Ohne in das Einzelne der Assistenzen, Provinzen, Professhäuser, Residenzen, Kollegien, Penitonen, Noviziate, Uebungshäuser, Seminare und Missionen einzugehen, was zu weitläufig sein würde, begnüge ich mich, nachstehende Hauptübersicht mitzutheilen. Das Reich der Jesuiten schied sich in 5 Assistenzen, bestehend aus 39 Provinzen, 24 Professhäusern, 669 Kollegien, 61 Noviziate, 176 Seminarien, 335 Residenzen, 223 Missionen mit 22787 Jesuiten, wovon 11010 Priester. Nach einer Angabe, die ich, so weit dies in einer so zarten und geheimnißvollen Sache zulässig ist, als authentisch zu betrachten mich berechtigt finde, giebt es jetzt in Italien etwa 150 Häuser des Ordens, worin sich nahe an 4000 Jesuiten, von denen etwa 1800 Priester sind, befinden. In Frankreich zählt man, trotz des Verlangens der Regierung um Beseitigung oder Verminderung solcher Häuser, denen noch 56 bekannte, mit 872 Jesuiten, wovon 362 Priester. In Deutschland soll die Zahl der Häuser sich auf 88 belaufen, wovon 14 in Baiern, 21 in Oesterreich, 3 in Württemberg, 7 in Baden, 2 in beiden Hessen, 2 in Nassau, 5 in der preuß. Rheinproving, 3 in Westphalen, 6 in Schlesien, 3 in Sachsen, 1 in Anhalt-Köthen und 5 in Hannover und den freien Städten. Für das Großherzogthum Posen werden 7 Häuser angegeben, für Ost- und Westpreußen 5, für Pommern 1, für Brandenburg 2, für die Provinz Sachsen 1. Die Gesamtzahl aller in diesen Häusern wohnenden Jesuiten wird auf nahe an 1000, wovon mehr als 400 Priester, berechnet. Für Spanien giebt man 87 Häuser mit 536 Jesuiten, wovon 220 Priester, an; für Portugal 8 Häuser mit 160 Jesuiten, wovon 75 Priester.

London, 14. November. — Der Prozeß der zum Tode verurtheilten Mannschaft des Sklavenschiffes „Felicidade“ (welche bekanntlich die am Bord des Schiffes befindliche Preisenmannschaft ermordet hat), wird morgen vor sämtlichen Oberrichtern des Landes in der Appellations-Instanz verhandelt. Die Regierung soll entschlossen sein, das Todesurtheil, falls dasselbe bestätigt wird, sofort vollstrecken zu lassen.

